

ISDS

ist das Kürzel für die hoch umstrittenen Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahren, die Kernbestandteil von geplanten Freihandelsabkommen wie **TTIP**, **CETA** und **TiSA** sind. Ausländischen Konzernen sollen vor privaten Schiedsgerichten oder eigens geschaffenen Handelsgerichten Sonderklagerechte gegen Staaten eingeräumt werden, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch neu beschlossene Gesetze – etwa zum Umweltschutz oder zum Arbeitsrecht – geschmälert sehen. KritikerInnen sehen darin eine Paralleljustiz, die die parlamentarische Demokratie unterläuft und auf Staaten milliardenschwere Schadensersatzforderungen zukommen lässt.

Mehrere Rechtsgutachten belegen die Verfassungswidrigkeit von ISDS. Aufgrund dieser Gutachten und der massiven Kritik haben EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel Reformvorschläge vorgelegt.

Wir fragen:

- Was bedeutet ISDS für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen?
- Welche verfassungsrechtlichen Probleme und völkerrechtlichen Konsequenzen verbinden sich mit ISDS?
- Beheben die Vorschläge von Malmström und Gabriel die Probleme von ISDS oder sind sie nur als beruhigende Nebelkerzen zu sehen?



Wir laden ein zum Workshop: **NO-TO-ISDS**

Mittwoch, 22. Juli 2015, 19 Uhr
Bessunger Knabenschule (Teestube)
Ludwigshöhstraße 42 , Darmstadt

**Wir stellen Fragen, bilden uns fort
und machen uns fit!**